

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Renate Ackermann, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Claudia Stamm, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Reformbedarf am „Feldversuch G8“: Q11-Misere stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Klagen der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Verbände zur hohen Arbeits- und Zeitbelastung in der Qualifizierungsphase des G8 sind ernst zu nehmen. Wenige Wochen nachdem der erste G8-Jahrgang die Neue Oberstufe erreicht hat, muss festgestellt werden, dass das achtjährige Gymnasium immer noch mit Schwachstellen zu kämpfen hat und dringend Handlungsbedarf für die Q11-Schülerinnen und Schüler besteht.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag bis Ende März 2010 ein Konzept für die Überarbeitung der Lehrpläne und Stundentafeln vorzulegen. Dafür müssen die gymnasialen Lehrpläne hinsichtlich Stofffülle, Prüfungsdichte und Schwierigkeitsgrad des Stoffes umgehend auf den Prüfstand. Für die Schülerinnen und Schüler des laufenden Q11 wird eine Sofortlösung eingeräumt. Überdies muss im genannten Zeitraum für alle Lehrpläne verbindlich festgelegt werden, welches Niveau für das Abitur vorausgesetzt wird.
- das Niveau der vierstündigen Grundlagenfächer Deutsch, Mathematik und fortgesetzte Fremdsprache eindeutig niedriger als bei den bisherigen Leistungskursen zu definieren.
- das System aus Pflicht- und Wahlpflichtfächern und Seminaren (sowie Wahlpflichtalternativen und Zusatzangebot) sowie dessen Gewichtung beim Jahresfortgang und bei den Abiturprüfungen kritisch zu überprüfen.

- bis Ende April 2010 realistische Musterabituraufgaben für das erste G8 Abitur zu erstellen und zu veröffentlichen, damit sich Schülerinnen und Schüler wie Lehrerinnen und Lehrer daran orientieren können.
- die Rahmenbedingungen in der Oberstufe des G8 so zu gestalten, damit die Belastung durch die hohe Wochenstundenzahl der Jugendlichen reduziert werden kann.

Begründung:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen fest, dass das achtjährige Gymnasium handstreichartig eingeführt wurde. Seit sechs Jahrgangsstufen erleben die bayerischen G8-Schülerinnen und -Schüler und auch deren Lehrerinnen und Lehrer die Umsetzung und Ausgestaltung des achtjährigen Gymnasiums seitens der Staatsregierung im Probebetrieb. Die Schülerinnen und Schüler, die jetzt in der Qualifizierungsphase des G8 angekommen sind, durchlaufen als erster Jahrgang das neue Modell der Oberstufe. Sie klagen über eine hohe Zeit- und Arbeitsbelastung. Schulwochen mit 35 Pflichtwochenstunden sind häufig die Regel. Die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer berichten, dass sie unzureichend vorbereitet wurden, um ihre Schülerinnen und Schüler in der Qualifizierungsphase bestmöglich zu unterrichten. Das Leistungsniveau der Pflichtfächer, die an Stelle der differenzierten Leistungs- und Grundkurse getreten sind, ist laut Aussage der Lehrerinnen und Lehrer nicht eindeutig definiert und wird, gemessen am dafür zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen, als zu schwer wahrgenommen. Dazu kommt, dass die Gruppengrößen in den Kursen wesentlich höher sind, als in der bisherigen Oberstufe. Die Musterabituraufgaben im Netz werden von Lehrkräften als im Niveau unangemessen bezeichnet: Der Tatsache, dass die Oberstufenschülerinnen und -schüler nun „ein Jahr jünger“ sind, d.h. ein Jahr früher den Anforderungen der gymnasialen Oberstufe gerecht werden müssen und damit ein anderes Leistungsniveau vorausgesetzt werden muss, wird weder in den Lehrplänen noch bei den Unterrichtsmaterialien u. E. angemessen berücksichtigt. Zudem erfordern die neuen Seminarfächer (W- und P-Seminare) derart hohen zeitlichen Aufwand, der ihrem Anteil bei der Leistungsbeurteilung nicht entspricht. Überdies beschwerten sich vielerorts die Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer, dass sie keine geeigneten Räumlichkeiten vorfinden, um zu lernen und zu arbeiten. Ein weiteres Problem ist der Lehrerinnen- und Lehrermangel – besonders betroffen die MINT-Fächer – der eine Unterrichtsversorgung erschwert und hohe Kurs-/Klassengrößen zur Folge hat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen diese Missstände nicht länger hin und fordern daher ein beherrschtes Gegensteuern der Staatsregierung.